

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bouwerk, Vollme, Lidenfeld, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld, ufm.

Druck und Verlag: Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 95

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage
Bezugspreis: Monat 3.— Mk., vierteljährlich 9.— Mk.
auschl. Bestellgeld.

Halver
Freitag, den 23. April.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
20 Pfg., auswärts 25 Pfg., im Reklamenteil 1 mm hoch
90 mm breit 81 Pfg.

20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichspräsident empfing, wie halbamtlich mitgeteilt wird, eine Abordnung aus Schleswig-Holstein und drückte ihr für das treue Aushalten bei Deutschland den Dank des Reiches aus.

Die Wahl des neuen Reichspräsidenten soll nach den augenblicklichen Dispositionen ebenfalls im Juni unmittelbar nach den Reichstagswahlen stattfinden.

Der Reichsausschuß des Zentrums hat sich, wie verlautet, mit überwiegender Mehrheit gegen eine Reichstagskandidatur Traberger's ausgesprochen.

Die Preussische Landesversammlung nahm Dienstag ihre Beratungen wieder auf und beschäftigte sich mit Anträgen und kleineren Vorlagen.

Nach Meldungen aus Warschau beabsichtigt Polen, Danzig zu einem polnischen Kriegshafen auszubauen.

Der deutsch-russische Vertrag über die gegenseitige Auslieferung der Kriegsgefangenen ist unterzeichnet worden.

Wandlungen.

Trotz Krieg und Revolution ist das vielgestaltige deutsche Parteiwesen im großen und ganzen unverändert in die neue Zeit hinübergegangen. Ein paar neue Namen tauchten auf: die Fortschrittler verwandelten sich in Demokraten, die Konservativen in Deutsch-nationale, die Nationalliberalen in Deutsche Volksparteiler, und auch das Zentrum machte einen — Versuch, seine ehrwürdige Parteibezeichnung gegen einen moderneren Namen einzutauschen. An den überlieferten Programmen ändert sich aber damit nur wenig, abgesehen nämlich von der nocheinmal gewordenen Stellungnahme zu Republik und Volksouveränität. Das wirklich Neue war der feste Zusammenschluß der Demokraten, des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokraten zu einem Regierungsbündnis ohne Teilnahme der sonstigen Parteien. Nach diesem System haben wir nun 1½ Jahre lang in Deutschland schlecht und recht gewirkt.

Jetzt aber geht's zu neuen Reichstagswahlen, und da beginnt es sich doch hier und da in deutschen Landen einigermaßen zu regen. Nicht die Wahlaufreude meinen wir, mit denen eine Partei nach der andern, pomphoft wie es sich gehört, auf den Plan tritt. Aber es brodelte, wog man auch blickt. Bei den Demokraten legt der Parteivorstand, Geheimrat Friedberg, plötzlich sein Amt nieder; aus Gesundheitsrücksichten natürlich. Er war ja der einstmalige Reichspräsident. Und der Sozialisten, da es ihnen vielfach zu einer ausgesprochenen Klassenpartei zu führen scheint, nicht mitmachen wollen. Von den Deutschen Nationalen trennen sich namhafte Politiker, denen die unverstehliche Haltung der gegenwärtigen Führung auf die Dauer gegen den Strich geht. Damit bricht der alte Gegensatz zwischen Konservativen und Fortschrittlichen, der seitweilen kaum noch mit der Lippe wahrzunehmen war, wieder auf, ohne aber zu einer besonderen Parteibildung zu führen. Die Freunde des Herrn v. Kardorff nehmen Anschluß an die Deutsche Volkspartei, die sich am ehesten dazu berufen fühlt, zwischen alter und neuer Zeit zu vermitteln. Womit indessen noch durchaus nicht gesagt ist, daß nun im übrigen auf der rechten alles bleiben wird wie es war. Die scheinbare Unfruchtbarkeit ihrer gegenwärtigen Politik will auch anderen Leuten schon lange nicht behagen; und je schlimmer es bei uns wird, desto heftiger drängen latente Elemente zu Spaltung und Sonderbündeln. Am unmittelbarsten bedroht von Sprengung und Abfall ist diesmal aber doch wohl der sonst so festgefügte Zentrumsturm. Bayern ist bereits vorangegangen, wie man weiß. Jetzt schied sich Rheinland-Westfalen an, einen eigenen Reichstagsblock innerhalb der Partei zu bilden, und wenn Schlesien bisher noch an sich gehalten hat, so wohl nur wegen der nationalen Gefährdung des Abstammungsbezirktes im Süden. Auch hier ist es das rückhaltlose Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, das viele Anhänger der Partei mehr und mehr kopfschau gemacht hat. Sie können es nicht ertragen, daß ihre Führer eine Gewerkschaftsherrschaft mitmachen, bei der die christlichen Arbeiter das Nachsehen haben, daß sie Verhandlungen mit Aufrührern zulassen, deren Terrororgane Provinzen wochenlang in Schrecken versetzte. Mit Ach und Krach nur ist hier eine offene Spaltung gerade noch verhindert worden, aber man will seinen Standpunkt innerhalb der Partei mit größter Entschiedenheit zur Geltung bringen — was wohl schwerlich ohne mehr oder weniger heftiges Bauchgrimmen abgehen wird. Bleibt die dreieckige Sozialdemokratie mit ihren noch radikalsten Ausläufern nach links hin. Sie steht vor schier unbegrenzten Möglichkeiten, was die Hervorbringung neuer und neuer Richtungen betrifft; dagegen scheint das eigentliche Ziel ihrer Sehnsucht, die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen, auch jetzt noch in unerreichbarer Ferne zu schweben. Was allenfalls zu erreichen sein wird, ist das getrennte Wachsen, um vereint zu schlagen. Eine Gefahr, die von den bürgerlichen Parteien von vornherein sehr ernst genommen werden sollte.

Doch auch an neuen Parteibildungen fehlt es nicht. Wir haben schon, seit Anfang des Jahres etwa, die „Groß-deutsche Freiheitspartei“, die, wie es schien, in den Tagen des Rapp-Bütsches ihre Zeit gekommen glaubte. Sie kämpft gegen rechts wie gegen links und weiß über unser Parteielend manches zu sagen; doch daß ihren Ideen oder ihren Führern irgendwelche parteibildende Kraft innewohnt, wäre eine sehr kühne Behauptung. Neben ihr tritt neuerdings noch eine „Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei“ hervor. Der Name sagt schon, was sie hauptsächlich will: Überwindung der politischen Gegensätze und Einigung aller Volksgenossen auf ein einheitliches Wirtschafts- und Arbeitsprogramm im Dienste des gesamten Wiederaufbaus. Sehr schön, sehr erstrebenswert, würdig des Schweißes aller Ecken. Wir müssen, wir werden hoffentlich

auch einmal so weit kommen — aber jetzt, aber heute, wo die Wahlvorbereitungen schon im Gange sind? Heute heißt Kampf und abermaliger Kampf die Lösung, so schmerzhaft, so so unheilvoll sie auch sein mag. Alle Wandlungen, die sich vorbereiten, sind vorerst nicht viel mehr als Wechsel auf die Zukunft. Auf eine bessere Zukunft, wollen wir hoffen.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei

tagte in den letzten Tagen in Berlin. Die Verhandlungen drehten sich zur Hauptsache um die kommenden Wahlen. Die Auffassung derjenigen Kreise in der Partei, die der Koalitionspolitik kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, wurden nach der Germania in der Debatte verhandelt. Es ergab sich vollständige Einmütigkeit darüber, daß das Zusammenarbeiten der Fraktion mit der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei die Fraktion zwar vor der schwierigen Aufgabe gestellt hat, ihre Grundzüge in einer Koalition zur Geltung zu bringen, in der auch Parteien mit ganz anders gerichteten Tendenzen vertreten sind, daß diese Zusammenarbeit aber geleistet worden ist, ohne daß die Fraktion ihren Grundsätzen untreu wurde, daß diese Zusammenarbeit eine vaterländische Notwendigkeit war und daß sie sich als dem Reich nützlich erwiesen hat. Was die Zukunft anlangt, so herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Fraktion vollständige Entscheidungsfreiheit besitzt und daß die Teilnahme des Zentrums an einer künftigen Koalition abhängig sein wird vom Ausfall der Wahlen und von der Möglichkeit, ein Koalitionsprogramm zustande zu bringen, welches eine gedeihliche Führung der deutschen Politik gewährleisten würde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Nationalversammlung wird nach den Abmachungen zwischen den Parteien ihre Beratungen um mindestens eine Woche verlängern, da es unmöglich ist, das gelesene Pensum bis zum 23. d. Mts. zu erledigen. Auch die Erledigung der Beförderungsreform und der Wahlgesele ist auf Schwierigkeiten gestoßen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch im Mai noch einige Sitzungen stattfinden.

Der „Wahlschein“ bei den Reichstagswahlen. Bei den künftigen Reichstagswahlen soll neben dem Eintrag in eine Wählerliste oder Wahlkarte auch der Besitz eines „Wahlscheins“ zur Ausübung des Wahlrechts befähigen. Bisher sind viele Wähler dadurch um ihr Wahlrecht gekommen, daß sie am Tage der Wahl von ihrem Wohnort abwesend waren und daher von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten. Diese sollen künftig sich einen Wahlschein beschaffen können, d. h. eine Bescheinigung, wonach der Inhaber, der in die Wählerliste der Wahlkarte seines Wohnortes eingetragen ist und dort wegen Antritts der Reise gefahren worden ist, an einem beliebigen Orte wählen kann. Die Kontrolle wird dadurch ausgeübt werden, daß der Schein bei der Stimmabgabe abgegeben wird. Auch Kriegsbefähigten, die in ihrer Bewegungsfreiheit gehindert sind, soll die Beschaffung eines Wahlscheins ermöglicht werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, in jedem beliebigen, ihnen leicht erreichbaren Wahlraum abzustimmen. Ferner soll durch den Wahlschein Seefahrern und Auslandsdeutschen, die sich am Tage der Wahl im Reichsgebiet aufhalten, die Ausübung ihres Wahlrechts ermöglicht werden.

Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Rußland. Die seit Wochen zwischen der Reichsregierung und dem Vertreter Sowjetrußlands, Victor Kopp, schwebenden Verhandlungen über die gegenseitige Gefangenenaustausch der Kriegsgefangenen beider Länder, sind am Mittwoch nachmittag zum Abschluß gebracht worden. Nach dem Vertrag beginnt die Auslieferung der Kriegsgefangenen aus Rußland und Deutschland unmittelbar nach der Ratifizierung des Abkommens durch beide Regierungen. In Deutschland befinden sich gegenwärtig noch 190 000 russische Kriegsgefangene, in Sowjetrußland rund 20 000 gefangene Deutsche.

Bestellung von Reichsratsmitgliedern durch die Provinzen. Der preussische Landesversammlung ging das Gesetz über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch Provinzialverwaltungen zu. Die Wahlen der Reichsratsmitglieder erfolgen danach in den einzelnen Provinzen durch die Provinzialausschüsse, in Posen und Westpreußen durch die noch bestehenden Reichsausschüsse, in Berlin durch den Magistrat. Jeder Provinzialausschuß hat ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Gewählt werden können alle Staatsbürger, die seit drei Jahren in der Provinz wohnen und das 35. Lebensjahr erreicht haben.

Ungewöhnliche Waffenabgabe im Ruhrrevier. In Bochum ist während der gestellten Frist die Waffenabgabe eine völlig ungewöhnliche gewesen. Es wurden Gewehre, Maschinengewehre und Handgranaten abgegeben. Das Militär soll aus diesem Grunde Hausdurchsuchungen vornehmen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet. Die bayerischen Reichswehrtruppen haben Laer verlassen, nachdem die Hausdurchsuchungen eine erhebliche Menge von Sachen und Munition zu Tage gefördert hatten. 25 Personen wurden verhaftet, von diesen wurden 14 wieder freigelassen, während die übrigen elf mitgenommen wurden.

Danzig polnischer Kriegshafen? In Warschau fanden Besprechungen zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Eisenbahnminister, dem Postminister, General Haller und Sir Reginald Tower über das deutsch-polnische Abkommen statt. Ferner wurde die Frage der Verteilung des deutschen Staatsgebietes zwischen Polen und Danzig erörtert, von der der Bau eines großen Hafens abhängig ist. Da die Mächte hierüber keine Entscheidung getroffen haben, wurde beschlossen, daß die polnische Regierung in Paris Schritte zwecks rascher Entscheidung tun soll. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein wichtiger Hafen Polens werden müsse, zunächst Handels-hafen, dann Kriegshafen. Die polnischen Vertreter wünschen mit Danzig die besten Beziehungen. Polen wird die Versorgung Danzigs bis zur Ernte übernehmen.

Eine Warnung der Entente. Die Regierungen von Belgien, England, Frankreich und Italien haben ihre Gesandten in Berlin ermächtigt, dem deutschen Minister des Auswärtigen zu erklären, daß diese Regierungen eine deutsche Regierung, die nicht geneigt sei, in keiner Weise billigen könnten. Weiter erklären sie, daß jede Erneuerung einer revolutionären Bewegung, ebenso wie jeglicher Wiederaustritt von Unruhen nur das eine Ergebnis haben würde, die Maßregeln zur Begünstigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Verpflegung Deutschlands hinauszuschieben oder sogar unmöglich zu machen, während jetzt die alliierten Regierungen versprochen haben, derartige Maßregeln ins Auge zu fassen.

Die Propaganda für die Sparprämienanleihe war Gegenstand der Untersuchung im Ausschuß der Nationalversammlung, wobei sich außerordentlich viel belastendes Material gegen die Träger der Propaganda ergab. Es sollen zahlreiche Fälle von Verschleuderung von Reichsgeldern und auch solche von Korruption zu verzeichnen sein. Die ganze Angelegenheit soll deshalb öffentlich in der Nationalversammlung zur Sprache gebracht werden.

Tschecho-Slowakei.

Das Wahlergebnis. Nach den bisherigen Ergebnissen waren in 146 Wahlkreisen, in denen 220 Abgeordnete zu wählen sind, 153 Abgeordnete gewählt. 67 Mandate blieben unbelegt. Es erhielten von den deutschen Parteien die Christlich-Sozialen 4, der Bund der Landwirte 6, Sozialdemokraten 23, deutsch-demokratische Freiheitspartei 2 und die deutsche Wahlgemeinschaft 8, insgesamt 43 Stimmen. Von den tschechischen Parteien erhielten die Nationaldemokraten 12, Nationalsozialdemokraten 17, Sozialdemokraten 44, Agrarier 21, Gewerbetreibende 1, Volkspartei 14 und Wodracet-Partei 1, insgesamt 110 Mandate.

Schweden.

Rapp in Stockholm. Dr. Rapp wird von der Stockholmer Polizei rüchtsvoll behandelt. Er darf, allerdings unter ständiger Begleitung, in der Stadt spazieren gehen und seine Wahlzeiten einnehmen. Die Flugmaschine, mit der er Deutschland verließ, startete in der Nähe von Barnemünde. Der Apparat wurde vom deutschen Fliegerleutnant Jüterbog geführt. Dieser soll inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt sein. Wie Rapp selbst erzählt, ist er nach dem misglückten Staatsstreich nicht nach Ostpreußen geflohen, sondern hat sich in Berlin verborgen gehalten.

Großbritannien.

Verzicht auf die Auslieferung Wilhelms II. Einer Neutermelung zufolge, sagte in der Unterhausdebatte Bonar Law auf eine Anfrage über die Auslieferung des vormaligen Kaisers und „anderen Kriegsverbrecher“ und darüber, ob die Weigerung Hollands, den Kaiser auszuliefern, als endgültig angenommen worden sei: Die Auslieferung des vormaligen Kaisers hat den Gegenstand eines Notenwechsels zwischen dem Obersten Rat und der niederländischen Regierung gebildet. Diese ist nicht in der Lage gewesen, der Forderung der Alliierten zu willfahren; sie hat aber die volle Verantwortung für die zuverlässige Bewachung der Person des vormaligen Kaisers, die Kontrolle seiner Korrespondenz und seiner Beziehungen nach außen übernommen. Zu diesem Zweck hat sie ihm die Provinz Utrecht als Aufenthaltsort angewiesen. Auf weitere Fragen erwiderte Bonar Law, die Alliierten hätten ihr bestes getan, um die holländische Regierung zu einem anderen Vorgehen zu veranlassen. Sie hätten damit keinen Erfolg gehabt, und es sei nicht ihre Absicht, Gewalt zu gebrauchen. Ferner sagte Bonar Law auf eine weitere Frage, ob die anderen „Kriegsmissetäter“ in der gleichen Art davontommen würden: Das folgt nicht daraus.

Aus In- und Ausland.

Wien. Wie die Blätter melden, hat die jugoslawische Regierung den im Dezember v. J. mit Österreich geschlossenen Lebensmittel- und Warenlieferungsvertrag gekündigt.

Amsterdam. „Algemeen Handelsblad“ berichtet aus London von einer Kanonengung demobilisierter Matrosen und Soldaten im Hyde Park gegen die Haltung der Regierung gegenüber ihren Forderungen.

Brüssel. Der Landesverband der Staatsbeamten hat grundsätzlich beschlossen, am Protest gegen das Geld am 1. Mai den Dienst auf 24 Stunden einzustellen. „Beuple“ zufolge hat der Eisenbahnminister den 1. Mai zum Feiertag bestimmt.

Stockholm. Nach einer finnischen Meldung werden durch Dekret des Zentralerekutivkomitees der russischen Sowjets die außerordentlichen Revolutionsgerichte aufgehoben.

Annapolis. Aus dem Hauptquartier der neuen mexikanischen Republik Sonora wird gemeldet: Funkhaufend Mann der Streitmacht von Sonora unter General Angeles Traven Cuitacan, die Hauptstadt von Sinaloa, genommen. Truppen von Sonora rücken gegen die Küste von Mazatlan vor.

Deutsche Nationalversammlung.

(186. Sitzung.)

OB. Berlin, 20. April.

Die letzten Sitzungen hatten durchweg vor leeren Bänken stattgefunden, heute ist das Haus etwas besser besetzt. Alle vorliegenden Anträge gegen die andauernden Preissteigerungen werden einem Ausschusse von 28 Mitgliedern überwiesen. Dann beschließt sich die Versammlung mit

Kurze Anfragen.

von denen einige allgemeinere Bedeutung hatten. Abg. Dufche (D. Volksp.) verlangt Verlängerung aller durch die Ereignisse vom 13. März unterbrochenen Notfristen. Ihm wurde erwidert, daß das in solcher Allgemeinheit nicht möglich sei. Abg. Schiele (Deutschl.) erinnert an die Not der deutschen Gefangenen in Rußland. Von der Regierung wird erwidert, daß das Abkommen mit der russischen Regierung über die Kriegsgefangenen abgelaufen sei. Die Kosten der Gefangenenernährung sind überaus hoch, für

Jeden Belgischen entziehen dadurch 30000 Mark Steuern. Ein Schiff mit Lebensmitteln für die Belgischen ist nach Ausland unterwegs. Abg. v. Graefe (Deutschl.) erinnerte an die Erhebung des Leinwands Grafen Kallweins durch eine französische Patrouille und verlangt Schritte gegen diesen Übergriff. Die Antwort der Regierung betrug: Es ist festgestellt worden, daß die Franzosen ohne weitere Veranlassung auf die deutsche Patrouille 12 bis 15 Schiffe abgegeben haben. Die Patrouille zog sich, ohne die Schiffe zu erwidern, zurück. Die deutsche Regierung hat in Paris verlangen lassen, daß die schuldigen französischen Soldaten alsbald zur Verantwortung gezogen werden und daß der deutschen Regierung von der vollen Sühne Mitteilung gemacht werde. Eine entsprechende Note ist in Paris überreicht worden. Die französische Regierung wird für alle Schäden haftbar gemacht, die durch die Vorgänge im Westen entstehen. — Hierauf wandte sich das Haus der von allen Seiten, außer den Unabhängigen, eingebrachten Interpellation zu, in der auf die

Belgischen Übergriffe in den Kreisen Eupen und Malmédy hingewiesen wird. Die belgischen Behörden suchen das Abstimmungsergebnis zu beeinflussen. Die Belgier beanspruchen ferner die im Kreise Monchau liegende Bahn, deren Verlust von verheerlicher Wirkung für das Deutschland wäre. Die Reichsregierung muß dem Anspruch der Belgier entgegenzutreten und eine freie ungehinderte Abstimmung ermöglichen.

Abg. Meerfeld (Soz.) begründete die Interpellation, wobei er erwähnte, daß Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz eine völlig freie Volksabstimmung für Eupen ebenso wie für Malmédy forderte. Das sei Theorie, aber die Praxis sehe anders aus. Ein deutscher Volksteil werde durch Belgier vergewaltigt. Von dieser Tribüne aus müssen wir an das Gewissen der Welt appellieren. Nach Schilderung der belgischen Übergriffe schloß der Redner mit der Erklärung: Von der Regierung erwarten wir, daß sie alles, aber auch alles tut, um der gepeinigten Bevölkerung dieser Gebiete zu helfen.

Der neue Reichsminister des Innern Dr. Köster beantwortete die Interpellation. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß der erste Anlaß, über den er in diesem Hause zu sprechen habe, ein solcher sei, über den alle Parteien einig sind. Wenn es etwas gibt, hob der Minister hervor, was inländisch ist, über die notwendigen Kämpfe der Parteien hinaus, über das notwendige Zusammengehörigkeitsgefühl, über den notwendigen Zusammenhalt aller Deutschen zu fördern, so ist es der Blick auf die schweren Kämpfe, die unteren Brüdern in den Grenzländern durch den Friedensvertrag aufgetragen wurden. Das deutsche Volk und besonders das Volk an unseren Grenzen kann die durch den Friedensvertrag aufgewungene Abstimmung und ihre Ergebnisse niemals als rein nationale Entscheidungen anerkennen. Von allen Abstimmungsgemeinden liegen die Dinge in Eupen und Malmédy am schlimmsten. Der Minister schilderte ausführlich die Übergriffe der Belgier und erklärte dann, die Kreise Eupen und Malmédy sind seit der Merowinger Zeit als deutsches Land anzusehen. In beiden Kreisen sind es nur eine Handvoll von Großkapitalisten und Kriegsgewinnern, die während des Krieges ihren Patriotismus bei Selbstgelegenheiten und nun an Belgien wollen. Alle übrigen Bewohner, Wallonen und Deutsche, stehen treu zu Deutschland. Die Reichsregierung wird alles tun, um einen gerechten Abschluß herbeizuführen. Der Völkerverbund kann nur entscheiden, daß die beiden Kreise zu Deutschland gehören.

Die Unabhängigen protestieren.

Die Erklärungen des Ministers Dr. Köster fanden lebhaften Beifall. Als Präsident Fehrenbach darauf erklärte, daß das ganze Haus mit der Verantwortung der Interpellation einverstanden sei, erhoben die Unabhängigen Widerstand. Der Präsident mußte daher seine Worte dahin einschränken, daß die große Mehrheit des Hauses mit der Verantwortung einverstanden sei. Die ebenfalls auf der Tagesordnung stehende, von den Deutschnationalen eingebrachte Interpellation über den Verkehr mit Ostpreußen durch den politischen Korridor wurde auf morgen vertagt. Es folgte die erste und zweite Lesung des Gesetzes über die

Befriedung der Gebäude des Reichstages

und der Landtage. Gegen die Vorlage sprach der Unabhängige Abg. Krehm, wobei er auf die bekannten Vorgänge vom 18. Januar d. J. ausführlich eingieng. Er erwähnte, daß schon damals die Agenten des Generals v. Lüttich tätig gewesen waren und diese Vorgänge veranlaßt hatten. Der Abg. Krüger (Soz.) bekämpfte die Ausführungen des Vorredners, wobei er hervorhob, daß auch die Berliner Stadtverordnetenversammlungen einen derartigen Schutz haben müßten, wie den, den das Gesetz für die Gebäude des Reichstages und des Landtages vorsieht. Nachdem noch der Reichsminister des Innern Koch die Vorlage gegen die Angriffe des Redners der Unabhängigen verteidigt hatte, wurde der Entwurf in erster und zweiter Lesung angenommen. Dagegen stimmten nur die Unabhängigen. Alsdann trat das Haus in die zweite Lesung des von dem Abg. Grünwald und Genossen beantragten Gesetzes über die Verlängerung von Patenten und Gebrauchsmustern ein. Die Auseinandersetzungen währten nur geraume Zeit. Die Vorlage wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Den Schluß bildete das Gesetz über

Die Erhebung der Postgebühren

und das bayerische Postregal. Minister Giesberts erklärte dann, in bezug auf die Erhebung der Postgebühren sei der Entwurf der Erhebung der Postgebühren sei, so komme man doch nicht daran vorbei. Die Erhebung solle anderthalb Milliarden erbringen; trotzdem bleibe noch ein Defizit von 1,4 Milliarden. Wenn sich die Verhältnisse nicht besserten, wisse man nicht, ob der Zusammenbruch nicht doch unvermeidlich sei. Es müsse unbedingt eine höhere Arbeitslast und -leistung eintreten. Alles überflüssige Personal werde entlassen.

Das Haus verlas die allgemeine Aussprache über die Vorlage bis zur zweiten Lesung und überwies die Vorlage einem Ausschuss. Damit schloß die Sitzung.

Deutschland und der Völkerverbund.

Anträge Italiens und Englands.

Auf der Entente-Konferenz in San Remo beginnen sich offenbar die Geister zu scheiden und die Gemäßigten an Ansehen zu gewinnen.

Der „Corriere della Sera“ sowie der „Secolo“ befürworten in einem Leitartikel die baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund und den Verzicht der europäischen Solidarität. Nur dann könne man den Friedensvertrag von Versailles ausführen. Nach dem „Corriere“ sollten Lloyd George und Mitti einen Schritt in dieser Richtung planen.

Der „New York Herald“ beschäftigt sich gleichfalls mit der Möglichkeit, daß Großbritannien und Italien der Konferenz von San Remo die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund vorschlagen werden, und bemerkt hierzu: Ohne daß dies eine Durchsicht des Friedensvertrages zur Folge hätte, würde dies Zugeständnis Deutschland gestatten, sich im Falle von Vervollständigungen wie jetzt im Ruhrgebiet auf den Völkerverbund zu berufen, und so Reibungsmöglichkeiten unter den verbündeten Regierungen vorbeugen. Andererseits erhielte Deutschland mit der Aufnahme eine mächtige Waffe, um die Witherung des Vertrages von Versailles zu erlangen, ohne dabei Frankreich zu benachteiligen, das sich ebenfalls an den Völkerverbund wenden könnte, falls Deutschland die Friedensbestimmungen nicht einhalte.

Frankreichs Absichten auf das Ruhrrevier.

Der französische Kriegsminister Lefèvre äußerte zum Pariser Korrespondenten der „Morning Post“, die Behauptung, Frankreich sei militaristisch und imperialistisch, sei unwahr. Die letzten Ereignisse in Deutschland seien die beste Antwort, die man auf diese Anklage geben könne. Die sofortige Entlassung Deutschlands oder die allgemeine Abrüstung wäre sicher die beste Methode, die Gefahr eines neuen Konfliktes zu beseitigen. Unglücklicherweise mache aber die Haltung Amerikas, das sich weigere, dem Völkerverbund beizutreten, den zweiten Weg fast unmöglich. Es gebe inessen noch ein anderes Mittel, um Deutschland tatsächlich zu entwaffnen und es zu verhindern, einen neuen Krieg zu beginnen, das wäre, daß die Alliierten sich der Kohlenbergwerke des Ruhrgebietes bemächtigen und sie zum Nutzen Europas ausbeuten. Die Alliierten würden natürlich Deutschland gestatten, die Kohle zu erlangen, die es für sein wirtschaftliches Leben brauche.

Die „Offizier“-Verschwörung.

Eine Erklärung des Kapitäns Ehrhardt.

Kapitän Ehrhardt, der Führer der bekannten gleichnamigen Marinebrigade, veröffentlicht in der Presse eine Erklärung. Danach sei er im April dieses Jahres zu einer Besprechung geladen worden, an der Offiziere und Arbeitervertreter bis zu den Kommunisten teilnahmen. Dort sollte es zu einer Verständigung kommen. Er habe dort eine Rede gehalten und u. a. folgendes ausgeführt:

„Daß die Arbeiterklasse jetzt die Verbindung mit der Truppe durch deren Führer aufzunehmen sucht, ist ein Eingeständnis der Schwäche. Erfolgversprechende Verhandlungen sind nur auf Basis der Machtverhältnisse möglich. Das Schreckmittel des Generalstreiks zieht nicht mehr, derselbe ist nicht abgefeuert worden, sondern aufammengebrochen. Er wird stets zusammenbrechen, wenn Regierung und Militär dem Generalstreik gegenüber die Kneipe behalten: denn wie wir in Berlin bei Abschmierung des Nordens gesehen, ist der Arbeiter derjenige, der zuerst zu leiden anfängt. Die Macht bleibt zuerst in erster Linie des Militärs als ausführendes Organ der Regierung, in zweiter Linie die Arbeiterklasse. Nur auf dieser Basis ist eine Annäherung und Verhandlungsmöglichkeit gegeben. Die Waffen gehören in die Hand des Soldaten, nicht des Arbeiters. Der Arbeiter gehört an seine Arbeitsstelle und kann dort durch erhöhte Arbeitsleistung ausgleichend wirken für Schaffung besserer, billigerer Lebensbedingungen, für Hebung der Valuta und damit für Einuhrmöglichkeit von Nahrungsmitteln und Rohstoffen.“

Ich will nicht, daß die Leuten die gut tun wollen.

„Und da denkst du daran, mich aufzugeben?“

Sauft zog Ruth den Tellerregen auf die Bank zurück. In beweglichen Worten schilderte sie ihm die Tage der Mutter und Schwester. Der Vater habe wider Erwarten der Seinigen, die zwar nicht im Überfluß lebten, aber doch nie Mangel empfunden hatten so lange der Vater lebe und für sie sorgte, soviel wie nichts hinterlassen, und das habe das Begräbnis fast verschlungen. Die beiden seien vollständig auf sie, Ruth, angewiesen. Sie sei gesund und kräftig, habe ihr Lehrerinnegeizem glänzend bestanden, spreche französisch und englisch und wisse auch in den toten Sprachen etwas Bescheid. Auch sei sie musikalisch, spiele Klavier und habe eine ganz gute Stimme. Dabei sei ihre Ausbildung im Häuslichen nicht vernachlässigt, so daß sie sich gerathe, eine gut bezahlte Stellung in einem vornehmen Hause auszufüllen — vielleicht als Erzieherin... oder als Haushälterin... oder Kellnerin... alles gleich. Hauptbedingung: hohes Gehalt, damit Mutter und Schwester nicht Not zu leiden hätten. Sie habe jetzt nicht Zeit, an sich selbst und an ihr eigenes Glück zu denken; andere Pflichten riefen sie. Nur, wenn sie sich selbst ganz vergesse, wenn sie sich mit voller Energie in ihre Aufgabe mache, könne sie ihr Ziel erreichen. Und darum müsse sie fest bleiben, so schwer es ihr auch werde.

„Ich bitte dich innig und von ganzer Seele, mich in meinem Entschluß nicht wankend zu machen!“ schloß sie, und es ätzte etwas wie geheime Angst in ihrer Stimme nach. „Ich fühle, es wäre zu unser aller Unglück, was ich diese Tage gekümmert, wie ich gerungen und gekämpft habe, weiß Gott allein! Mein Herz blutete bei dem Gedanken, dich aufgeben zu müssen, Hans-Joachim... Und doch — es muß sein!“

„Nein, es muß nicht sein, Ruth!“ Ernst und feierlich kamen die Worte von den Lippen des Mannes. „Hör mir gut zu, was ich dir zu antworten habe... Ich ehre deine Sandkammerweife deiner Mutter und Schwester gegenüber, obgleich sie mir übertrieben erschießt. Aber niemals — hörst du: niemals! — geh ich auf. Mit deinem Verlobungsfluß gibst du dich mir für immer an. Und mit diesem Fluß — er zog

Endlich sagt Ehrhardt noch, daß er den Gedanken eines Zusammengehens der radikalen Elemente mit den Truppen wegen die Regierung Reis abgelehnt habe.

Der Beherrscher Oberschlesiens.

General Le Nord und die Parteien.

In einer Besprechung zwischen General Le Nord und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien nunmehr von der Entente-Kommission beschlossen worden sei, während die Wahlen zum Reichstage vom Hohen Rat in Paris abgelehnt wären. Über die weitere parlamentarische Tätigkeit der augenblicklichen Parlamentarier äußerte der General dahin, daß diese Frage von der deutschen Regierung beim Hohen Rat in Paris zu regeln wäre. Er wurde darauf hingewiesen, daß dann das ober-schlesische Volk ohne parlamentarische Vertretung sein würde. Der General versprach, sich von den Parteivorkänden weiter beraten zu lassen. Zum Schluß wurde die Beamtenfrage besprochen. Der General vertrat den Standpunkt, daß die Beamten der Besetzungen der Kommission zu folgen hätten, und mißbilligte den Justizbeamtenstreik. Im allgemeinen scheint also der berechnete Bohn aller Beamten, Angestellten und Arbeiter gegen die französische Gewaltherrschaft ihre Wirkung ausgeübt und die Franzosen zu einem gewissen Nachgeben veranlaßt zu haben.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Konflikt mit dem preussischen Minister.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat ist in Berlin zu seiner 48. Tagung zusammengetreten. Der Vorsitzende, Freiherr v. Schorlemer, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache. Er forderte als Vorbedingung zur Aufrechterhaltung der Volksernährung den baldigen Abbau der Zwangswirtschaft. Er verlas darauf folgendes Telegramm des preussischen Landwirtschaftsministers: „Nachdem durch die Presse die Stellungnahme des derzeitigen Vorsitzenden des Landwirtschaftsrates Freiherrn v. Schorlemer bekanntgeworden ist, muß ich es ablehnen, von der Einladung zu der nunmehr auf den 20. April festgesetzten Sitzung und von eventuellen Einladungen zu weiteren Sitzungen selbst oder durch Einberufung von Kommissaren Gebrauch zu machen.“

Das Wort zum Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1920/21 hatte Ökonomierat Hocke (Schweidnitz). Er führte aus: „Wenn wir genügend Nahrungsmittel erzeugen, brauchen wir keine Erfassung und Rationierung. Die Regierung sollte hochwertige Futter- und Düngemittel einführen und im Austausch gegen Getreide der Landwirtschaft zuweisen, wenn nötig, zwangsweise. Wenn unsere Stickstofffabriken in vollem Betriebe sind, so können sie weit mehr Düngemittel herstellen, als im Frieden der Landwirtschaft jemals zur Verfügung gestanden sind. Die jetzt verlangten Preise sind aber unerschwinglich und produktionshinderlich.“

Sotales und Provinzielles.

Salver, den 23. April.

Die neue Postgebührenordnung tritt nach dem Beschluß des Reichsrats und der Zustimmung der Nationalversammlung vorausgesetzt, am 1. Mai in Kraft. Die neuen Bestimmungen über Zeitungstarife und die Telegraphen- und Fernspreckgebührenerhöhung sollen, wie entgegen falschen Mitteilungen amtlich erklärt wird, am 1. Juli in Kraft treten, die Erhöhung der Fernspreckgebühren hauptsächlich deshalb, um den Teilnehmern Zeit zu lassen, ihre Anschlüsse zu kündigen.

Die Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime, Feriendeime für Handel u. Industrie (Sitz Wiesbaden) veröffentliche ihren Bericht über das Geschäftsjahr 1919. Sie hat danach 9 Heime und 910 Gästebetten in Betrieb gehabt und in 106836 Verflechtungstagen 7852 Gästen Aufnahme gewährt. Diese Zahlen hätten bedeutend größer sein können, wenn nicht die politischen Unruhen und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die volle Ausnutzung der Heime behindert hätten. Außer kaufmännischen Angestellten waren auch eine große Anzahl Ingenieure und andere technische Angestellte, sowie selbständige Kleinkaufleute Gäste der Heime. Die bedeutende Steigerung der verheirateten Gäste läßt erkennen, daß die Heime gerade für die Familienväter mehr und mehr zur Notwendigkeit geworden sind. In dem mecklenburgischen

Die wahre Liebe opfert sich.

Roman von Erich Friesen.

Nachdruck verboten!

Ihre Wangen wurden noch um einen Schatten bleicher. Dann sagte sie langsam, mit erkrankter Festigkeit:

„Eben darüber will ich mit dir sprechen, Hans-Joachim. Wir sind jetzt arm — bettelarm. Mein Vater war ein hochbegabter Mann, aber ein Philantrop durch und durch, der für seine ärztlichen Bemühungen kaum jeviel beanspruchte, um seine Familie schlecht und recht zu ernähren. Für sich selbst hatte er keinen Wunsch. Was er erübrigte konnte, verwandte er auf meine Erziehung. Armer, guter Vater!“

Sie schlug die Hände vors Gesicht, und Hans-Joachim sah, wie Tränen auf Tränen zwischen den Fingern hervorquoll.

„Meine Mutter ist eine ganz einfache Frau — herzensgut, aber schwach, energielos“, fuhr Ruth leise fort, nachdem sie sich etwas beruhigt hatte. „Sie und meine —“ wieder zögerte sie — „meine kleine Schwester werden niemals imstande sein, ihren Lebensunterhalt zu verdienen — zumal die Mutter den ganzen Tag um Melitta herum ist. Deshalb muß ich für beide arbeiten.“

Voll Bewunderung ruhten Hans-Joachims Augen auf dem schönen stolzen Mädchen-Gesicht, das sich in der Erregung des Augenblicks ein wenig errötet hatte.

„Zusammen wollen wir arbeiten für deine Familie! Zusammen!“ rief er mit Feuer.

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, Hans-Joachim. Du entstammst einer vornehmen Familie, hast vielleicht nahe Angehörige, die mit einer solchen Verbindung nicht einverstanden wären. Meine Mutter und meine Schwester passen nicht zu dir!“

„Davon hast du früher nie etwas gesagt, Ruth!“

„Früher!...“ Tiefsehmühsam blickte Ruth vor sich hin. „Ja, früher als der Vater noch lebte, da war alles anders. Er sorgte für die beiden. Ich war meine eigene Herrin. Aber jetzt — jetzt ist alles verändert. Wo ich bin, müssen auch Mutter und Schwester sein.

Bermischtes.

Die Kritiker streifen. Es wird bald keinen Stand mehr geben, der nicht aus irgend einem Grunde heute oder morgen in den Ausstand tritt. Jetzt haben sich zur Abwechslung die Theaterkritiker diesem gewaltigen Zuge der Zeit angeschlossen, und zwar in Wien. Weil ein Wiener Kritiker ein Stück bereits nach der Generalprobe besprochen hatte, verständigte vor einigen Tagen der österreichische Bühnenverein (die Vereinigung der Schauspieler) die Vereinigung der Wiener Theaterkritiker davon, daß letzteren der Besuch der Generalproben nicht mehr gestattet sei. Die Organisation der Wiener Presse beschloß daraufhin, daß die Wiener Zeitungen solange nicht über Premieren, Neubefetzungen und Neuinszenierungen berichten, ferner solange keine Notizen aus den Theaterkassen veröffentlicht werden dürfen, bis die erwähnte Maßregel seitens des Bühnenvereins zurückgenommen worden ist.

Wettrennen nach Diamanten. Die Eröffnung neuer großer Diamantenfelder im Südsudan (Südafrika) hat wieder einmal ein turbulentes Bild menschlicher Beschäftigung. Schon viele Tage vor der eigentlichen Eröffnung, in der das Gelände zur Ausbeutung freigegeben wurde, hatten sich Mengen aufgeregter Menschen an der Grenzlinie versammelt. In dem unwirtlichen „Weldi“ standen Anstimmungen von Automobilen, die im strömenden Regen auf holprigen Wegen herangerast waren. Später eintreffende suchten sich vorzudrängen, so daß ein wilder Lauf und Lärm die Luft erfüllte. Die Spannung und Leidenschaft wuchs ins Ungemessene. Mehr als 10 000 Menschen, darunter auch viele Frauen, waren zusammengeedrängt auf einem durch eine Fahne bezeichneten Platz, von dem aus das Wettrennen auf die Diamantenfelder beginnen sollte. Wohlhabende Leute hatten Berufswettläufer engagiert, die für sie rennen und die besten Plätze belegen sollten. Nachdem das Gebiet für eröffnet erklärt worden war, entsetzte ein Pistolenschuß die wahnwitzige Gasse. In wildem Drängen und Stößen stürzte alles vorwärts, um sich ein gutes

Plätzchen zu sichern. Eine große Anzahl Leute zog sich mehr oder weniger schwere Verletzungen zu. Die ganze Ansammlung der Diamantengräber ist schwer vom Hunger bedroht, da auf den schlechten Wegen Nahrungsmittel nur mit großen Schwierigkeiten herangebracht werden können.

Merkwürdige Bevölkerungsvorgänge. Die Bevölkerungsvorgänge Berlins aus dem Jahre 1917, von denen jetzt erst Aufstellungen vorliegen, zeigen u. a. folgende merkwürdige Vorfälle: 11 Mütter waren weniger als 15 Jahre alt, 18 Mütter erst 18 Jahre. Ein Geschiedener heiratete in achter Ehe, eine Geschiedene in dritter. 12 Heiratslustige waren noch nicht 19 Jahre alt, zwei Bräute waren 15 bis 16 Jahre, während ein 84-jähriger Mann eine Frau von 57 Jahren und ein 81-jähriger eine von 64 Jahren heiratete. Zwei Bräute waren über 72 Jahre alt. Die längste Ehe dauerte 81 Jahre. Geschieden werden die meisten Ehen nach fünf bis zehn Jahren. Von da an nehmen die Scheidungen langsam ab. Zwei Ehen wurden aber erst nach mehr als 40-jähriger Ehe geschieden. Ehebruch war der Scheidungsgrund bei 622 Frauen, aber nur bei 487 Männern.

Auskunft.

Tory und Whig, die Namen der beiden politischen Parteien, deren Kampf um die Herrschaft die politische Entwicklung Englands bestimmt hat, waren ursprünglich Schimpfnamen, die die Anhänger des Hofes und die Opposition sich wechselseitig beileigten. Tory soll einst einen zum Papismus geneigten Werbedieb in England, Whig einen zum Aufruhr geneigten Konventualer in Schottland bedeutet haben. Andere leiten den Ursprung von „Whig“ ab, einem Instrument, dessen sich die Bauern zur Antreibung des Viehes bedienten. Im Kriege gegen Karl I. führten die schottischen Bauern dieses Instrument als Waffe.

Millarands Ombud. Millarands Rüdigung in der Frage der Befestigung der Mainlinie wurde vielfach „ein zweites Ombud“ genannt. Man nennt so eine schwere politische Niederlage in Erinnerung an den am 1. März 1871 zwischen Preußen und

Oesterreich am 29. November 1850 in Olmütz geschlossenen Vertrag, der eine Demütigung Preußens bedeutete, da es auf die von ihm ohne Oesterreichs Beteiligung ins Leben gerufenen Einheitsbestrebungen in Deutschland verzichtet und sich wieder zum Deutschen Bunde, in dem Oesterreich die maßgebende Rolle spielte, beugen mußte.

San Remo, wo zurzeit die Militerkonferenz stattfindet, ist der bedeutendste Winterort an der italienischen Riviera. Die Stadt, die in einer Bucht des Golfes von Genua liegt, war vom November 1887 bis März 1888 Aufenthaltsort des kranken deutschen Kronprinzen, späteren Kaisers Friedrich III., woran eine Gedenktafel an der von ihm bewohnten Villa Iriio, mit einer Inschrift von Ernst von Wildenbruch, erinnert.

Gauche und Baiffe. Unter Gauche versteht man das Steigen der Kurse von Wertpapieren und Waren, die an der Börse gehandelt werden. Häufig wird sie durch künstliche Mittel herbeigeführt, namentlich durch das Eingreifen großer Finanzmächte, die von gewissen Interessen pöbellich größere Bösen aufkaufen. Das Gegen-eil von Gauche ist Baiffe, d. h. das Sinken der Kurse von Staatspapieren, Aktien usw. darauf gerichtete Spekulation wird „Spekulation à la baisse“ genannt. Einer Baiffespekulation kann man unter Umständen eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, z. B. wenn die Kurse (Preise) übermäßig in die Höhe gegangen sind oder bei einer Verschlechterung der Verhältnisse.

Prof. Dr. Wilhelm Kahl, das der Deutschen Volkspartei angehörende Mitglied der Nationalversammlung, dessen scharfe Angriffe gegen den Reichsjustizminister Blund großes Aufsehen erregten, steht im 71. Lebensjahre und stammt aus Bayern. Er habilitierte sich 1876 in München für Kirchenrecht, Staatsrecht und Strafrecht und wurde 1895 nach Berlin berufen. Prof. Kahl hat eine reiche schriftstellerische Tätigkeit entwickelt („Lehrbuch des Kirchenrechts“, „Die Konstitution der Kirche aus geschichtlicher, „Der Parität“, „Einheit im Gebiete des deutschen Verwaltungsrechts“, „Strafrecht und freie Liebestätigkeit“ u. a.).

Schriftleitung: Wilt. Bell jr., Halber i. Westf.

Konsum-Verein

für Halber und Umgegend
e. G. m. b. H.

Wir suchen zum 1. Juli ds. Js. für die Leitung der Verkaufsstelle Kronprinzenstr. eine gelernte,

erste Verkäuferin.

Schriftl. Angebote mit Gehaltsansprüchen sind bis 1. Mai ds. Js. erbeten.

Suche für sofort ein ordentliches

Mädchen

bei hohem Lohn.
Frau Heinrich Steinbach,
Oberbrügge.

Wegen Erkrankung des früheren ein properes und fleißiges

Mädchen

für Haushalt von 4 Personen gesucht.
Gute Behandlung. Lohn 80.— Mk.

Frau Otto Berghaus,
Cöln-Marienburg,
Goethestraße 53.

Näheres zu erfahren bei
Frau Adolf Berghaus
Oberbrügge.

Mädchen

Ein zuverlässiges, properes
für kleinen Privat-Haushalt
sofort gesucht.

Frau Gustav Mundorf,
Bergerhof 6, Radevormwald.

Ein hiesiges, größeres Fabrik-schäft sucht zur Bedienung der Schreibmaschine ein erfahrenes

Fräulein,

welches flott stenographieren kann.

Offerten unter Nr. 838 an die Geschäftsstelle des Schalksm. Gen.-Anz. in Halber.

Suchen zum sofortigen Eintritt

2 tüchtige

Fallhammer-

schmiede.

Märkisches Werk

H. Wilmann, Halber

la. Kernseife

empfiehlt

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Konzertsaal Schnörrenbach.

Samstag, den 24. April, abends 8 Uhr

großes Konzert.

Ausführende:

Männer-Quartett des Turnvereins Schalksmühle
e. V. (12 Säger.)

(Dirigent August Cordt.)

Haarhaus'sche Kapelle, Kierspe-Bahnhof.

Nach dem Konzert Tanz.

Eintritt 2.— Mark.

Um geneigten Zuspruch bittet Wilt. Veder.

Am Halber.

Fleischverkauf in Halber.

Am Samstag, den 24. April nachmittags 3 Uhr
gelangt bei Wirt Böhle im Eichholz

minderwertiges Rindfleisch

zum Verkauf. Fleischkarte ist vorzulegen.

Halber, den 22. April 1920.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Die Fischereigerechtsame der Gemeinde Halber soll für eine mit dem 1. Juni ds. Js. beginnende zwölfjährige Dauer am Mittwoch, den 28. April ds. Js., nachmittags 4 Uhr im Gasthause „zur Fuhr“ in Halber öffentlich verpachtet werden.

Die Pachtbedingungen und das Verzeichnis der Fischereibezirke werden im Pachttermin bekannt gegeben können aber auch vorher im Amtshause Zimmer 3 eingesehen werden. Pachtlustige werden zu dem Termin mit dem Bemerken eingeladen, daß die Gerechtsame nur an Eingeseffene der Gemeinde Halber verpachtet werden.

Halber, den 20. April 1920.

Der Gemeinde-Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die freiwillig abzuliefernden Hafermengen sind bis spätestens Dienstag, den 27. d. Mts. an die Kommissionsstelle abzuliefern. Spätere Eingänge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Kierspe, den 22. April 1920.

Der Amtmann.

Am Lüdenscheid.

Lebensmittelverkauf.

In den Verkaufsstellen:

auf grüne Warenkarte Nr. 38 250 Gr. Auslandsmargarine 11,90 Mk.

auf grüne Warenkarte Nr. 39 250 Gramm Kleimg. 2,20 Mk.

rote 20 bohnen 2,20 Mk.

gelbe 5 200 Gramm Haferflocken —,64 Mk.

grüne 40 1 Dose kondens. Milch 5,— Mk.

rote 21 1 Paket Rinderernährung —,65 Mk.

gelbe 6 250 Gramm Kleimg. 2,20 Mk.

grüne 6 200 Gramm Haferflocken —,64 Mk.

rote 6 1 Dose kondens. Milch 5,— Mk.

gelbe 6 1 Paket Rinderernährung —,65 Mk.

Verkaufszeit vom 23.—27. 4 1920.

In den Verkaufsstellen:

Scholz, Duisberg, Valentini, Heck, Volkenrodt auf Fleischkartenabschnitt der laufend. und komm. Woche

225 Gr. Fleisch Rindfleisch 3,30 Mk. das Pfund.

50 Gramm Wurst Kalbfleisch 2,60 Mk. das Pfund.

holl. Speck, trocken 25.— Mk. das Pfund.

Lüdenscheid, den 20. April 1920.

Das Lebensmittelamt.

Wir zeigen dankbar die Geburt unserer Tochter

Margarethe

an. Erich Wippermann und Frau

Lise geb. Steinbach.

Halber, den 20. April 1920.

Weißes

Seidenpapier

.. :: jedes Quantum :: ..

sofort lieferbar.

L. Meyer, Lüdenscheid,

Knapperstr. 45. * Fernsprecher 439.

Einige

Fallhammerschmiede

für dauernde, lohnende Akkordarbeit gesucht.

Dresbach & Co., Halber.

Anzeigen aller Art

Familien-Nachrichten, Stellengesuche und Angebote, Kauf- u. Verkaufsanzeigen usw.

in auswärtigen Zeitungen

beforgt ohne Preisauflage die

Geschäftsstelle des

Allgemeinen Anzeigers, Halber.

Am Lüdenscheid.

Die Wahlvorschläge für die Elternratswahl sind bis zum 29. ds. Mts. den Schulleitern einzureichen.

Die Wahlzeit wird in den einzelnen Schulbezirken bekannt gegeben.

Lüdenscheid, den 21. April 1920

Der 1. Amtman: Krumm.

Amtsparkasse-Halber.

Arbeitsgemeinschaft mit der Provinzial-Lebensversicherung.

Anträge auf Versicherung bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt nehmen wir im Kassenraum entgegen.

Der Sparkassen-Vorstand.

Ein großer, fast neuer,

gut erhaltener

Wirtschaftsherd

preiswert zu verkaufen.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Anzeigers“, Halber.

Schellfisch

frisch und geräuchert

Büchlinge

Rollmöpfe

Seringe

Fritz Bangert, Halber.

Telefon Nr. 234

Montag, den 26. ds. Mts. halten wir mit



Schweinen

um 11 Uhr in Kierspe-Bhf. 1 Uhr bei Herrn Wilt. Wirth in Rönshol

Gedr. Weischede.

Telefon 116

Am Melnerhagen.

Briefkassetten

:: in schöner Auswahl ::

mit Briefbogen in verschiedenen Formaten mit und ohne Druck

empfiehlt

Wilt. Bell jr., Halber.

Evangel. Gemeinde Halber.

Sonntag, den 25. April.

Vorm. 10¹/₂ Uhr: Predigt

Pastor Dr. Grobe-Dresselhaus

Vorm. 11 Uhr: Kinder-

gottesdienst.

Mittwoch abends 8 Uhr:

Kirchlicher Posaunenchor.

Evangel. Bereinshaus Halber

Sonntag, den 25. April.

Nachm. 1¹/₂ Uhr Sonntags-

schule

Nachm. 4¹/₂ Uhr: Missionar

Ginsberg.

Nachm. 5¹/₂ Uhr: Jungfrauen-

Berein.

Abends 8¹/₂ Uhr: Evangelis-

ation Bundessekretär Lin-

denstrauß

Am Montag, Dienstag, Mitt-

woch, Donnerstag u. Frei-

tag der Woche abends 8¹/₂

Uhr: Evangelisation.

Samstag, 8¹/₂ Uhr abends:

Allianz-Gebetstunde.

Christl. Gemeinschaft Halber.

Berlinerstraße 27a.

Sonntag, den 25. April.

Morgens 10 Uhr: Erbauungs-

stunde.

Nachm. 4 Uhr: Bibl. Vortrag.

Mittwoch abends 8¹/₂ Uhr: Bibl.

Vortrag, Evangelist Lepperhof.

Samstag abends 8¹/₂ Uhr:

Allianz-Gebetstunde.